

Amts- und Anzeigeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberkühnengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterförstengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Weinspaltige Zeile 50 Pfg., auswärts 25 Pfg. Im Reklameteil die Zeile 20 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen.

Abdruckpreis vierteljährlich M. 3.00 einschließl. des „Mittl. Unterhaltungsblattes“ in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Verl.-Abt.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Telefon Nr. 110.

Nr. 175.

Freitag, den 1. August

1919.

Infolge der weiteren Verteuerung der Nahrungsmittel und sonstigen Lebensbedürfnisse ist eine Erhöhung der Verpflegung im Pringel Marienstift (Bezirksstift) hier erforderlich geworden. Sie betragen vom 1. Juli 1919 ab täglich:

A. in der Abteilung für Versorgte, Sieche und Besserlinge:

2 M. für Nichtbettlägerige, Versorgte und Besserlinge, 2 M. 25 Pfg. für bettlägerige Versorgte und Sieche, 2 M. 50 Pfg. für Pflegelinge mit besonderer Abwartung, 1 M. 50 Pfg. für Kinder.

B. in der Abteilung für Kranke:

a. in der I. Klasse, bei Einzelzimmer 12 M. für Erwachsene und 10 M. für Kinder aus Bezirksgemeinden, 14 M. für Erwachsene und 12 M. für Kinder aus Gemeinden außerhalb des Bezirks, bei Zimmer mit mehreren Betten 8 M. für Erwachsene und 6 M. für Kinder aus Bezirksgemeinden, 10 M. für Erwachsene und 8 M. für Kinder aus Gemeinden außerhalb des Bezirks, 8 M. für Angehörige, die zur Pflege mit anwesend sind,

b. in der II. Klasse, 5 M. 50 Pfg. für Erwachsene und 4 M. 75 Pfg. für Kinder unter 12 Jahren aus Bezirksgemeinden, 6 M. 50 Pfg. für Erwachsene und 5 M. 75 Pfg. für Kinder unter 12 Jahren aus Gemeinden außerhalb des Bezirks, 4 M. 50 Pfg. für Erwachsene und 3 M. 50 Pfg. für Kinder unter 12 Jahren, wenn die Beiträge von Krankenkassen die mit dem Bezirk Vertrag abgeschlossen haben, oder von Ortsarmenverbänden des Bezirks bezahlt werden, 4 M. 50 Pfg. für Erwachsene und 4 M. für Kinder unter 12 Jahren, wenn die Beiträge von Krankenkassen, die mit dem Bezirk keinen Vertrag abgeschlossen haben oder von Berufsgenossenschaften oder auswärtigen Ortsarmenverbänden bezahlt werden, 2 M. für neugeborene Kinder bis zum Alter von 3 Wochen oder solange sie von der eigenen Mutter gestillt werden aus Bezirksgemeinden und 2 M. 50 Pfg. für solche Kinder aus Gemeinden außerhalb des Bezirks, 4 M. 50 Pfg. für Angehörige, die zur Pflege mit anwesend sind.

Schwarzenberg, den 26. Juli 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Verteilung von Frischfleisch und ausländischem Schweinefleisch.

In der laufenden Woche kommen auf Reichsfleischmärkten 100 g Frischfleisch einschließlich Würst zur Verteilung.

In denjenigen Schlachtbezirken, in denen wegen unzureichender Vieh- und Fleischanlieferungen Frischfleisch nicht verteilt werden kann, gelangen 50 g Gefrierfleisch und 50 g Dosenleberwurst zur Ausgabe.

Personen unter 6 Jahren erhalten die Hälfte.

Außerdem werden auf Marke II 6 der Einfuhr-Zusatzkarte für ausländisches Pökel-Schweinefleisch

125 g ausländisches Schweinefleisch und Speck für Personen über 6 Jahre und

62 g ausländisches Schweinefleisch und Speck für Personen unter 6 Jahren

ausgegeben.

Der Preis für 1 Pfund Rindfleisch — frisch- und Gefrierfleisch — beträgt 3,35 M., für 1 Pfund Frischwurst 3,00 M., für 1 Pfund Dosenleberwurst 3,95 M., für 1 Pfund ausländ. Schweinefleisch 4,50 M. und für 1 Pfund ausländ. Schweinespeck 4,00 M. Schwarzenberg, am 30. Juli 1919.

Der Bezirksverband

Der Arbeiterrat

der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Dr. Raefner.

Schied.

Fischbezug.

Die Bekanntmachung des Bezirksverbandes im Ergebirgischen Volksfreund Nr. 121 vom 28. Mai 1919 wird gemäß dem Rundschreiben Nr. 51 des Reichskommissars für Fischversorgung dahin abgeändert, daß Salzheringe in Zukunft im freien Handel abgesetzt werden.

Die Einfuhr erfolgt nach wie vor ausschließlich durch die Reichsfischversorgung G. m. b. H. oder als deren Beauftragte die Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., die einen Zusammenschluß der Importeure darstellt.

Schwarzenberg, den 31. Juli 1919.

Der Bezirksverband

Der Arbeiterrat

der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Dr. Raefner.

Schied.

Verhängnis für Deutschland.

Die letzten Tage haben Klarheit über die verhängnisvollsten Zeiten im Weltkriege gebracht, über den September 1917, in welchem Englands Vernichtungswille gegen Deutschland unerschütterlich wurde, und über den November 1918, wo das deutsche Kaiserreich unterging. Daß der Reichskanzler Dr. Michaelis 1917 nicht die Entschlossenheit fand, England bestimmt auf seinen Friedensfühler sofort festzunagen, hat uns um den letzten Versuch zur Einleitung von Friedensverhandlungen für einen Rechtsfrieden gebracht, aber es ist tatsächlich mehr wie zweifelhaft, daß solche Verhandlungen einen tollen Erfolg gehabt hätten. Denn daneben stand der Geheimbericht des österreichischen Ministers Graf Czernin, der die habsburgische Monarchie als erschöpft und auch Deutschland als auf dem Wege zur Erschöpfung befindlich bezeichnete. In dem Augenblick, als man in London von diesem Bericht Kenntnis erhielt, war es mit Englands Friedensliebe vorbei, denn wenn man auch an Deutschlands schnellen Zusammenbruch dort nicht glaubte, Oesterreichs Erlahmen konnte danach für Lloyd George keinen Zweifel mehr unterliegen, und allein konnte Deutschland nicht zum Siege kommen.

Die Feststellung des bevorstehenden österreichischen Zusammenbruchs war das Verhängnis für das Scheitern des Rechtsfriedens.

Daß England von diesem Bericht des Grafen Czernin sehr bald Kenntnis erhalten würde, kann nicht übersehen werden. Wir brauchen nur an die Briefaffäre des in Diensten der Entente stehenden Prinzen Sixtus von Parma, des Bruders der Kaiserin von Oesterreich, zu denken, die sich vier Monate früher abspielte. Dem Prinzen, dem die Stimmungen am Wiener Hof so ausgezeichnet bekannt waren, und der davon der Entente sofort Mitteilung gemacht hat, wird auch die unerfreuliche Lage des österreichischen Staates kein Geheimnis geblieben sein, und der wortgetreue Bericht ist wahrscheinlich sehr zeitig in den Händen der Entente gewesen, der es auch an reichlichem Spionagebienste nicht gefehlt hat. Daß es mit Oesterreich so schnell bergab gegangen war, lag an der Zusammensetzung des Staates aus dem bunten Gemisch seiner Rationalitäten, aber dessen Gefährlichkeit infolge des wüsten Haders schon seit Jahren kein Zweifel mehr bestehen konnte. Deutschland sind damit in dem Weltkriege viel größere Verluste ausgedrückt, als seinem Verbündeten,

größer, als sie ein Volk jemals ertragen hat und ertragen wird.

Diese Lasten waren bis zum Herbst 1918 schwer geworden, und als Präsident Wilson während der Waffenstillstandsverhandlungen ziemlich unverhüllt die Aenderung der deutschen Staatsform nahelegte, richtete sich die Agitation direkt gegen die Person des Kaisers. Aus dem altenmäßigen Bericht über die Ereignisse am 9. November im kaiserlichen Hauptquartier in Spa tritt marant Hindenburgs Darstellung hervor, daß die Truppen dem Kaiser nicht mehr folgen würden, daß die Soldaten müde und kampfunlustig seien. Schwere Anklagen sind gegen die Stappen in Belgien erhoben, deren Treiben viel zu dem Umschwunge beigetragen hat. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn diese Art von Waffenstillstandsverhandlungen vermieden worden wäre, aber große Hoffnungen bestanden für uns nicht mehr.

Aber mit diesem Zustande der Truppen ist noch nicht bewiesen, daß die Revolution stattfinden mußte, ja, es ist anzunehmen, daß sie sich hätte vermeiden lassen, wenn der Kaiser in Berlin gewesen wäre, und dort selbst die Sache der Dynastie vertreten hätte. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden war der Situation nicht gewachsen, das ergibt sich daraus, daß er die Abdankung des Kaisers publiziert, obwohl sie gar nicht stattgefunden hatte. So bleibt uns nichts anderes übrig, als zu sagen, daß auch zu diesem Termin die Entschlossenheit an der maßgebenden deutschen Stelle gefehlt hat, ohne welche nun einmal ein Staatschiff nicht im rechten Kurs gehalten werden kann.

Das sind die Tatsachen, die für sich selbst sprechen.

Schluß der großen Debatte in Weimar.

Weimar, 29. Juli.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Reichsminister Erzberger kam im letzten Teile seiner Ausführungen in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung auf die Einwände der Rechten gegen die Errichtung des Staatsgerichtshofes zu sprechen und hob hervor, daß der Ausschuss für den Staatsgerichtshof gar kein richterliches Urteil abgegeben, sondern nur staatsanwaltschaftliche Funktionen ausüben soll. Es werde also kein Parteigerichtshof geschaffen. Die Regierung habe immer mit voller Entschiedenheit bestritten, und er bestreite es auch,

daß Deutschland der alleinige Urheber des Weltkrieges ist, aber auch Deutschland trage seinen Teil an der Schuld. Das Volk müsse durch das Reinigungsbad hindurchgehen, um neue Kraft für den Aufbau zu gewinnen. Die Regierung werde ihre Abwehr in dem Angriff sehen, das sei nicht nur ihr Recht, sondern sogar ihre Pflicht.

Nachdem sich dann Abg. Warmuth (Deutschn.) gegen den Gesetzentwurf über den Staatsgerichtshof gewandt hatte, weil er uns in der Schulfrage der Welt gegenüber in eine falsche Lage bringe, wurde das Gesetz über den Staatsgerichtshof dem Verfassungsausschuss überwiesen, mit dem Antrage Dr. Heinze, einen feinem Parlament angehörigen aus namhaften Historikern und publizistisch geschulten Juristen zusammengesetzten Ausschuss einzusetzen.

Das Haus beschloß nach einem Antrage Lobe (Soz.) die Reden der Minister und das weitere beigebrachte Material auf Kosten des Reiches im deutschen Volke zu verbreiten, mit der Erweiterung, nach einem Antrag Arnstadt (Deutschn.), daß auch das Schreiben des päpstlichen Nuntius nebst Anlagen und die darauf erfolgte Antwort des Reichskanzlers Michaelis in ungekürzter Form der Veröffentlichung beizufügen ist, und nach einem weiteren Zusatz Koch-Kassel (Dem.), auch die Stenogramme der Verhandlungen durch Veröffentlichung zu billigen Preisen dem ganzen Volke zugänglich zu machen.

Die namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum ergab dessen Ablehnung mit 243 gegen 53 Stimmen.

Ein Antrag Dr. Cohn (U. Soz.) auf namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum wurde nicht genügend unterstützt. Das Vertrauensvotum wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die Weiterberatung wurde hierauf auf 5 Uhr nachmittags vertagt.

Große Lärmjenen.

Bevor man in der Nachmittags-Sitzung mit der dritten Lesung der Verfassung beginnen konnte, beschäftigte sich das Haus mit einem Antrag Agnes (U. Soz.) und Genossen, den Reichswehrminister zu ersuchen, den kommandierenden General des 3. Armee-Korps in Münster sofort anzuweisen, die seit sechs Tagen im Hungerstreik befindlichen politischen Schutzhaftgefangenen unverzüglich aus der Haft zu entlassen.

Reichswehrminister Noske sagte eine Nachprüfung der Fälle zu und wanzte sich dabei mit star-